

Antragsbereich Y / Antrag Y1

AntragstellerInnen: Vitus Mayr

Empfänger: Bundesparteitag

Bundestagsfraktion Landesparteitag Landtagsfraktion

Empfehlung der Antragskommission: Bei Zulassung: Zustimmung

Y1: Gemeinsam die Pandemie bewältigen. Für eine verantwortungsvolle Pandemie-Politik. Nur eine Eindämmungsstrategie schafft Perspektiven.

Unser gesellschaftliches Miteinander solidarisch und rücksichtsvoll zu gestalten ist oberstes Anliegen für uns als Sozialdemokrat*innen. Für uns steht der Schutz von Menschenleben im Mittelpunkt – das bedeutet auch, den Menschen in diesem Land wieder Ausblick auf ein normalisiertes, angst- und krisenfreies Leben geben zu können. Nach einem Jahr Corona-Krise ist unsere Gesellschaft auf einem gefährlichen Tiefpunkt: Vertrauen in unsere Entscheidungsträger*innen schwindet und Wissenschaftsleugner*innen verbreiten Unwahrheiten und bekommen hierfür eine Bühne. Auf den Straßen treffen sich regelmäßig krude Mischungen von Verschwörungsgläubigen, Rechtsradikalen und Esoteriker*innen aus dem bürgerlichen Spektrum. Sie alle eint ein äußerst unsolidarischer und rücksichtsloser Umgang mit der komplexen Pandemie. Gleichzeitig leben immer noch Millionen von Menschen in Angst und Verunsicherung, Intensivkapazitäten schwinden und auch finanzielle und psychische Ressourcen werden knapp. Es ist absolut verständlich und nachvollziehbar, dass wir uns alle nach einem anderen Leben sehnen.

Die aktuelle Lage ist nicht nur eine Gesundheitskrise aufgrund einer Pandemie, sondern auch eine Krise unserer Wirtschaftsform, des Kapitalismus. Daher plädieren wir für eine verantwortungsvolle und umfassende Eindämmungsstrategie gegen die COVID-19-Pandemie und eine soziale Abfederung der Maßnahmen. Wir wählen diesen Weg der öffentlichen Positionierung, die wir durch Beschluss des Landesparteitags zukommen lassen, weil wir uns durch das dynamische Pandemiegeschehen gezwungen sehen, schnelles und entschlossenes Handeln einzufordern. Die nun beschlossene Bundesnotbremse ist ein wichtiges Gesetz für die mittelfristige Eindämmung der Pandemie. Kurzfristig kann sie aber den akuten Erfordernissen nicht gerecht werden. Bund und Länder müssen über weitere Schritte entscheiden.

Entscheidend hierfür sind die Entwicklungen der letzten Wochen. Das Pandemiegeschehen hat sich leider nicht so entwickelt wie erhofft, die Auslastungen auf den Intensivstationen haben bedrohliche Ausmaße angenommen, die Inzidenzen bei Kindern ist sehr stark angestiegen. Die

Impfkampagne kam durch Lieferengpässe, Nichteinhaltung der Liefer-
35 versprechen und die notwendigen Anpassungen der STIKO aufgrund der
Probleme mit dem Impfstoff von Astra Zeneca, immer wieder ins Stocken.
Mehr und mehr Beschäftigte im Gesundheitsbereich sind arbeitsunfähig
oder kündigen aufgrund der Belastung und der Zustände.

40 Nichtsdestotrotz befinden wir uns bei der Bekämpfung der Pandemie auf
den letzten Metern. Aus Israel und Großbritannien wissen wir, dass bereits
bei einer Erstimpfquote von über 50% die Infektionszahlen stark sinken und
bedenkenlos Lockerungsschritte vollzogen werden können. Diese Quote
haben wir in der Bundesrepublik bis spätestens Ende Mai erreicht. Bis dahin
45 wollen wir als BayernSPD nichts unversucht lassen, um möglichst viele
Menschenleben zu retten, um gemeinsam aus dieser Krise zu kommen.
Hierfür sind folgende Schritte notwendig:

50

Im Konkreten fordern wir:

- Eine wirkungsvolle „Notbremse“, die die Inzidenzen so weit senkt, dass
eine realistische Kontaktverfolgung durch die Gesundheitsämter wieder
55 möglich ist. Dabei müssen alle Bereiche des Lebens in den Blick genom-
men werden: Auch vor mehr Arbeitsschutz in Betrieben darf nicht mehr
zurückgeschreckt werden. Überall, wo Begegnungen unvermeidlich sind,
muss eine Masken- und Testpflicht (mindestens zweimal pro Woche) gel-
ten. Es braucht eine echte Homeofficepflicht, die Ausnahmen nur in be-
60 gründeten Fällen zulässt. Betriebe und Arbeitsstätten dürfen nur mit ein-
nem Hygienekonzept betrieben werden, das diesen Standards entspricht.
Die Anwendung muss kontrolliert und Nichteinhaltung sanktioniert wer-
den. Auf die Bedürfnisse im Privaten – insbesondere in Familien – muss
mehr Rücksicht genommen werden: Die Bildung von privaten Kontakt-
65 gruppen, die sich nach außen schützen und untereinander ohne Verun-
sicherung verkehren können, muss aktiv gefördert werden. Weitere Ein-
schränkungen von privaten Kontakten sind weder kontrollierbar noch ge-
sund. Doch auch hier muss klar sein: Treffen in geschlossenen Räumen
sollten vermieden werden, Hygienemaßnahmen sind zu ergreifen. Insbe-
70 sondere das Verwenden einer hochwertigen Maske sollte Standard sein.
Hingegen sollten Treffen im Freien möglich bleiben.
- Flankiert werden muss die „Notbremse“ von einer umfassenden, mehr-
sprachigen und leicht verständlichen Aufklärungskampagne, die keine
Kosten und Mühen scheut, die Ausbreitungsweise der SARS-CoV2-Viren
75 zu erklären und Bürger*innen in großer Zahl befähigt, eigenverantwort-
lich zu handeln. Dazu gehört auch, wie Schnelltests anzuwenden sind und

welche Aussagekraft sie haben. Die Bedeutung und Notwendigkeit von hochwertigen Masken, das Vermeiden von Treffen in geschlossenen Räumen - insbesondere auch in Folge von Lohnarbeit, und den individuellen und gesellschaftlichen Nutzen der Impfungen.

80 • Kurzfristige Entlastung für Beschäftigte im Gesundheitsbereich. Insbesondere Beschäftigte auf Covid-Stationen sind absolut am Limit. Die Kündigungszahlen sind hoch. Umfragen zeigen, dass ein Drittel der Beschäftigten darüber nachdenkt die Branche zu wechseln. Wir brauchen mehr als Klatschen auf dem Balkon. Die Beschäftigten brauchen eine kurzfristige Entlastung, daher ist eine Verschärfung der Maßnahmen erforderlich. Die Beschäftigten brauchen eine kurzfristige Anerkennung. Daher soll der Bund eine Sonderprämie an die Beschäftigten im Gesundheitsbereich mit Covid-Bezug ausgeben. Mittelfristig braucht es dann höhere Tarifverträge und mehr Anerkennung. Den warmen Worten müssen hier endlich Taten folgen.

95 • Druck und Verunsicherung von den Schulen nehmen: Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern wünschen sich nichts sehnlicher als verlässliche und verantwortungsvolle Perspektiven für den Bildungsbereich. Es muss jetzt klar kommuniziert werden, wie die nächsten Monate verlaufen sollen. Solange die Inzidenz so hoch ist, dass Kontaktverfolgung durch die Gesundheitsämter nicht möglich ist, kann Präsenzunterricht nicht verantwortet werden. Während dieser Zeit müssen Schüler*innen und Eltern entlastet werden und der Leistungs- und Anpassungsdruck durch Homeschooling muss minimiert werden. Kinder und Jugendliche müssen (insbesondere sobald die Impfungen für U16 zugelassen sind) in der Impfstrategie entsprechend höher priorisiert werden. Kinder und Jugendliche müssen Zugang zu sozialen Kontakten haben, die in geschützten, von den Familien selbst bestimmten Kleingruppen stattfinden. Eltern mit jüngeren Kindern im schulpflichtigen Alter müssen schnell und unkompliziert die Möglichkeit erhalten, für die Zeit von Schulschließungen frei zu nehmen und erhalten Lohnersatz durch den Staat. Insbesondere Eltern in systemrelevanten Berufen müssen unkomplizierte Zugänge zu Notbetreuung haben. Diese sollte aus Gründen des Infektionsschutzes jedoch nicht zu weit gefasst werden.

105 • Ausgleich und Perspektive für Wirtschaft und Kultur. Für die Dauer von Betriebsschließungen und Eindämmungsmaßnahmen muss es selbstverständlich kraftvolle Hilfen für Einzelhandel, Gastronomie, Reise- und Kulturbranche geben. Arbeitsplätze und Existenzen dürfen durch diese Pandemie nicht vernichtet werden. Perspektive und Planbarkeit sowie eine schnelle Rückkehr zur Normalität in auch diesen besonders betroffenen Branchen stehen für uns im Mittelpunkt einer verantwortungsvollen

- 120 Wirtschaftspolitik. Eine weitere Verschleppung der Pandemie können wir
uns weder wirtschaftlich noch gesellschaftlich leisten.
- Studien aus Großbritannien und neueste Zahlen des RKI legen dar, dass
arme Menschen besonders stark von der Pandemie betroffen sind und ei-
nem signifikant höheren Infektionsrisiko ausgesetzt sind. Wegen schlech-
125 terer Arbeitsbedingungen, beengtem Wohnraum und schlechteren Zu-
gang zu hochwertigeren Masken. Dieser Aspekt muss stärker in den Fokus
sozialdemokratischer Politik rücken. Die Bundestagsfraktion soll sich da-
für einsetzen eine weitere Corona-Sonderzahlung auszuschütten und es
braucht strengere Kontrollen der Arbeitsplätze, z.B. durch den Zoll. Sozial-
130 leistungsbezieher*innen müssen in der Impfreihenfolge besser priorisiert
werden.
 - Es darf keine Generation Corona geben. Auch auf den Ausbildungsmarkt
hat die Pandemie dramatische Auswirkungen. So gehen die angebote-
nen Ausbildungsplätze deutlich zurück. Gleichzeitig beklagen viele Ar-
135 beitgeber den Fachkräftemangel. Deshalb fordert die BayernSPD, dass die
Arbeitgeber*innen ihre Verantwortung auch in der Krise wahrnehmen
und weiter ausbilden. Langzeitfolgen, wie eine hohe Jugendarbeitslosig-
keit oder eine verstärkte soziale Ungleichheit müssen vermieden werden.
Die Ausbildungsplatzreduzierung ist gerade in ihrer sozialen Auswirkung
140 von hoher Bedeutung. Wenn die Ausbildung zurückgefahren wird, betrifft
dies häufig vor allem Hauptschul- und Realschulabgänger*innen. Soziale
Ungleichheiten werden damit verstärkt. Es braucht Perspektiven für die
junge Generation und eine Generation Corona unter den Auszubildenden
und dual Studierenden muss verhindert werden. Die aktuellen Maßnah-
145 men der Bundesregierung mögen eine erste Hilfe darstellen, sie setzen
aber nur an den Krisensymptomen an. Wir brauchen in der Ausbildung
strukturelle Änderungen. Nötig ist eine Ausbildungsgarantie nach dem
Vorbild Österreichs, die den Jugendlichen, die keinen betrieblichen Aus-
150 bildungsplatz bekommen, den Einstieg in das erste Ausbildungsjahr in ei-
ner außerbetrieblichen Ausbildung bietet. Dies soll durch die Arbeitgeber
mitfinanziert werden.
 - Impfstoff vorrausschauend bestellen. Es deutet sich an, dass aufgrund der
Mutationen eine Nachimpfung erforderlich sein könnte. Hierfür müssen
schon jetzt Bestellungen abgegeben werden. Es sollten nicht wieder die
155 gleichen Fehler begangen werden wie in der aktuellen Phase. Deutsch-
land sollte auch den Aufbau von Produktionskapazitäten unterstützen.
Die Patente sind freizugeben, damit die ganze Staatengemeinschaft da-
von profitieren kann. In einer globalisierten Welt profitieren wir von jeder
Impfung. Mutationen werden nur vermieden, wenn auch in anderen Län-
160 dern die Pandemie gestoppt werden kann.

|